

Führungswechsel bei den „kritischen Soldaten der Bundeswehr“

Man mag es kaum glauben, innerhalb der Bundeswehr gibt es seit 26 Jahren eine Gruppe von Soldaten, die sich kritisch mit der Sicherheitspolitik der Bundesregierung und Missständen innerhalb der Bundeswehr auseinandersetzt. Diese Gruppe ist der „Arbeitskreis Darmstädter Signal“ (Ak DS). Im September 1983 beschlossen 20 Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr bei ihrem ersten Treffen in Darmstadt einen friedenspolitischen Aufruf, in dem sie die Richtigkeit der gültigen NATO-Strategie bezweifelten und die Bundesregierung für ihre Politik der Atombewaffnung und Raketenstationierung kritisierten.

Es ist schon bemerkenswert, dass diese Gruppe in ständiger Erneuerung noch heute existiert und von einem Förderkreis finanziell unterstützt wird, dem ca. 200 Politiker der SPD, der Grünen und der Linkspartei sowie zahlreiche Wissenschaftler, Beamte, Soldaten, Gewerkschafter, Künstler, Pfarrer, Hausfrauen und andere angehören.

Im Arbeitskreis selbst engagieren sich aktive und ehemalige Berufssoldaten aller Dienstgradgruppen bis zum General sowie auch zivile Mitarbeiter der Bundeswehr. Mehrmals im Jahr treffen sich die Signalerinnen und Signaler, um ihre Meinungen auszutauschen, Bildungsarbeit zu leisten und Standpunkte zu formulieren, die als Pressemitteilungen an die Medien und an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages versandt werden. Das Internet ermöglicht den Mitarbeitern inzwischen ständigen Kontakt untereinander zu halten sowie ihre Arbeit zu intensivieren und qualitativ weiter zu entwickeln.

Von Anfang an wurde diese Gruppe aus dem Bundesverteidigungsministerium (BMVg) sowie von der Führung der Bundeswehr misstrauisch beäugt und bekämpft. Man warf den missliebigen Berufssoldaten mangelnde Kompetenz vor, diffamierte sie als kommunistenfreundlich und maßregelte sie im Dienst bis zur Dienstgradherabsetzung. Alle Dienstgradherabsetzungen wurden jedoch bisher durch Gerichtsurteile wieder aufgehoben.

26 Jahre lang wirkte Oberstleutnant a.D. Helmuth Prieß als verantwortlicher Sprecher des Arbeitskreises. Geduldig hat er die Angriffe aus BMVg und Bundeswehrführung abgewehrt sowie die eigenen Streitigkeiten geschlichtet. Mit Toleranz und Konsequenz hat er die Gruppe zusammengehalten und durch die Stürme und Wandlungen der politischen Situation geführt. Für seine Zivilcourage wurde ihm 1996 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Am vergangenen Wochenende, auf dem 79. Arbeitstreffen vom 13.-15.11.2009 in Bornheim-Widdig, übergab Helmuth Prieß den Staffelstab an die jüngere Generation. Neuer Sprecher ist nunmehr Kapitänleutnant Jörg Wiebach aus Stralsund. Ihm zur Seite stehen mit Hauptfeldwebel Christiane Ernst-Zettl, Oberfähnrich Christian Neumann und Oberstleutnant Jürgen Rose drei weitere aktive Berufssoldaten. Helmuth Prieß, inzwischen 70, wird als Ehrenvorsitzender und einziger nichtaktiver Soldat weiter im Vorstand mitarbeiten. Bemerkenswert ist, dass das Darmstädter Signal keine Probleme hatte, geeignete Nachfolger sowie Mitstreiter für den Vorstand zu finden. Die letzten Jahre haben dem Arbeitskreis einen beachtlichen Zustrom junger – und auch älterer - Berufssoldaten gebracht, die bereit sind, sich aktiv für die Werte der Demokratie und die Grundsätze der Inneren Führung einzusetzen.

In Bornheim-Widdig haben die „Signalerinnen und Signaler“ eine Presseerklärung verabschiedet, die sich gegen die Fortsetzung des Krieges in Afghanistan ausspricht. Der Arbeitskreis wandte sich damit an die Bundesregierung sowie alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages und rief dazu auf:

- „Respektieren sie den Mehrheitswillen der deutschen Bevölkerung und verweigern sie einer Verlängerung des Mandats für den Einsatz der Bundeswehr Ihre Zustimmung.
- Folgen Sie dem Beispiel der NATO-Partner Kanada und Niederlande. Beginnen Sie 2010 mit dem Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan.
- Erarbeiten Sie auf der Grundlage einer realistischen Lagebeurteilung einen umfassenden Plan für die zivile Hilfe.
- Überprüfen Sie die Position der deutschen Außenpolitik zur Regierung Karsai.“

Das sind gewiss keine unrealistischen Forderungen. Sie entsprechen der vorherrschenden Auffassung in der deutschen Bevölkerung. Sie unterstreichen, dass sich das „Signal“ als überparteiliche Organisation versteht, die sich von keiner Partei instrumentalisieren lassen will. Die deutsche Demokratie wäre ärmer, wenn es diese Soldaten nicht gäbe.

Autor: Wilfried Schreiber

(Oberst der NVA a.D. Prof. Dr.)